

Geopolitische Brandherde 2020

Übersetzt, zusammengefasst und, wo zu besseren Verständnis sinnvoll, teilweise ergänzt von Hans Kaufmann, alt Nationalrat, Wettswil

Nebst den quartalsweisen Lagebeurteilungen publiziert Stratfor jeweils zu Jahresbeginn schon seit Jahren eine Gesamtschau der Geopolitik. Dabei wird die Welt ausserhalb der USA in sieben geopolitische Zonen eingeteilt, aus denen dann die für die Welt bzw. für die USA wichtigsten Trends und Ereignisse analysiert und die Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden. **Stratfor** wird oft auch als «privater CIA» der USA bezeichnet, was nicht ganz abwegig erscheint, denn mehrere früher dem US-Geheimdienst nahestehende Persönlichkeiten arbeiten für diesem Think Tank. Deshalb erfolgt der Fokus der Analysen primär aus der **Perspektive der USA mit Schwergewicht Sicherheitspolitik und Wirtschaft**. Die nachfolgende Darstellung ist eine Zusammenfassung der rund 60-seitigen Studie 2020.

1. Globale Trends:

- 1.1. **Wirtschaft:** US-Präsident Trump wird versuchen, vor den Wahlen im November 2020 so viele Handelsverträge wie mögliche zugunsten der USA neu auszuhandeln. Damit ist jedoch (wegen möglicher Retorsionsmassnahmen der unter Druck geratenen Länder) das Risiko einer Konjunkturabkühlung in den USA verbunden. Je näher die Wahlen rücken, um so mehr gerät Trump unter Zeitdruck und muss dann möglicherweise Kompromisse eingehen, um doch noch Erfolge vorweisen zu können. Dies wäre vor allem dann der Fall, wenn die Konjunktur stark einbricht und viele Farmer in Midwest bankrottgehen. Die harte Haltung der Amerikaner gegenüber dem Iran und Nordkorea wird eher eskalieren, denn die Trump-Administration und der Kongress befürworten eine harte Linie.

Obwohl sich der US/China-Handelskonflikt 2020 mit der Unterzeichnung eines Teilabkommens entschärfen wird (was bereits geschehen ist), bleibt China ein grosses Risiko für die Weltwirtschaft, denn obwohl erste Anzeichen für eine Konjunkturerholung in **China** vorliegen, stellen der Strukturwandel und die demographische Entwicklung das Land vor grosse Herausforderungen. (Wegen der Corona-Virus-Epidemie wurden die BIP-Wachstumsschätzungen bereits um rund 1% auf noch 5.3% zurückgenommen, was das Wachstum der Weltwirtschaft auf unter 3% (bisherige Schätzung IWF 3.4%) drücken wird. Experten gehen sogar von einer Halbierung des Wachstums auf unter 2% aus).

Die Konjunktur in **Europa** wird mit einem Wachstum von weniger als 1% weiterhin enttäuschen (inkl. Corona-Schäden wohl Stagnation) und auch in den EM steht ein harziges Jahr bevor. Ein Hauptgrund für die schleppende Entwicklung in Europa sei das politische und wirtschaftliche Malaise in Deutschland. Argentinien (G-20 Land) wird in eine Rezession fallen. Die Türkei wird mit unverantwortlich massiven Staatsinterventionen die Wirtschaft anzukurbeln versuchen, was jedoch ziemlich aussichtslos erscheint. Das schwache Wirtschaftswachstum wird in einigen EM die Leute auf die Strasse treiben, um gegen Ungleichheit und schwache Regierungen zu protestieren.

Mit der Unterzeichnung des USA / Mexiko / Kanada-Handelsabkommens und allenfalls eines USA / China Teilvertrages ist die **Handelsoffensive von Präsident Trump** noch lange nicht abgeschlossen. Es wird weiterhin zu Friktionen zwischen den USA und China und möglicherweise sogar erneut zu Sonderzöllen kommen, wenn China die Handelsabkommen bei der Umsetzung anders interpretiert als die USA. Der Fokus der US-Aussenhandelspolitik dürfte von China nach Europa überschwappen. Die Uneinigkeit im Agrarhandel und die Digitalsteuer für US-IT-Konzerne in Europa wird zu Sondersteuern für EU-Agrargüter und -Autos führen. Der Druck der USA auf die WTO mittels Ablehnung von Richtern, die abtretende ersetzen sollen, wird die WTO 2020 spürbar behindern und zu Verzögerungen bei Gerichtsverfahren (z.B. Airbus / Boeing Subventionen) führen.

Der **Kampf um die globale technologische Vormachtstellung** zwischen den USA, China und Europa ist mit dem Ausschluss des chinesischen G-5-Technologieanbieters Huawei von US-Infrastrukturprojekten voll entbrannt. Es wird zur Abstrafung jener Unternehmen durch die USA kommen, die dennoch Huawei Produkte kaufen. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es allerdings nicht nur um einzelne Unternehmen, sondern um die weltweite Vormachtstellung zur Setzung von globalen Standards. Die USA werden Sanktionen und Exportkontrollen einsetzen und die Entwicklung von chinesischen Technologien wie AI (artificial intelligence) unter besondere Beobachtung stellen. Die Europäer wiederum werden versuchen, Aufkäufe von europäischen Technologiefirmen vor allem durch staatlich finanzierte Konzerne aus China zu unterbinden.

- 1.2. **Geopolitische Brandherde, die es zu beachten gilt:** Obwohl die **USA und der Iran** theoretisch keinen Krieg anstreben, könnten die derzeitigen gezielten gegenseitigen Bombardierungen zu einer grösseren militärischen Konfrontation führen. Sollte sich der Iran endgültig vom Nuklearabkommen verabschieden, dürfte auch Europa strengere Sanktionen gegen den Iran ergreifen. (Die UNO wird wohl keine neuen Sanktionen erlassen, da Russland und China sich mit einem Veto dagegenstellen würden.) Sollte der Iran zum Vertrag zurückkehren, würde das von der UNO verhängt Embargo für konventionelle Waffen im Oktober 2020 auslaufen. (Dagegen könnten die USA aber ihr Veto einlegen).

Der **Brexit** ist zwar besiegelt und wird 2020 noch keine grossen Schäden hinterlassen. London wird versuchen rasch ein Freihandelsabkommen mit der EU abzuschliessen und möglichst viele Dienstleistungen (Finanzsektor) in dieses Abkommen einzupacken. Gegen dieses Unterfangen wird sich die EU zur Wehr setzen. (Das EU-Parlament will zudem den freien Personenverkehr mit Grossbritannien wieder einführen, als ob diese Einwanderung nicht einer der Hauptgründe für den EU-Austritt gewesen wäre!). Deshalb ist ab Mitte 2020 mit neuen Rechtsunsicherheiten im Aussenhandel mit der EU zu rechnen.

Die **Hongkonger Proteste** werden anhalten und die dortige Rezession über 2020 hinaus verlängern. Singapur und Malaysia werden in die Lücke springen. China wird die Wirtschaftsmetropolen auf dem Festland (Shanghai, Shenzehn und Peking) ausbauen, um sich von der Abhängigkeit von Hongkong zu lösen.

Die Unternehmen werden weltweit mehr und mehr vom **Klimawandel** bzw. von den Massnahmen dagegen zu leiden haben, angefangen beim Zerfall von Infrastrukturen bis hin zu Verantwortlichkeits-Rechtsfällen. In den nächsten 20 Jahren werden sich die Unternehmen auch auf einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und auf «Peak Oil» einstellen müssen. Die USA werden 2020 endgültig aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen. Klimarisiken werden auch bei den Kreditvergaben und am

Kapitalmarkt eine wachsende Rolle spielen (und zu einer ideologischen Verpolitisierung der Kreditvergaben führen). Europa wird zur Wiederbelebung der Konjunktur und zum Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen neue Ausstiegsprogramme auflegen.

Das **Rüstungsabkommen** der USA mit Russland (START) wird 2020 weder verlängert noch erneuert werden, denn Russland ist daran, ein neues strategisches Rüstungsprogramm voranzutreiben und deshalb wenig Interesse an einer Neuauflage zeigen. In der Pazifik-Region wird die Stationierung neuer Waffensysteme von den USA und China forciert vorangetrieben. Auch zwischen Russland und Europa inkl. US-Militärbasen zeichnet sich ein Wettüben ab. Die USA wird sich jedoch hauptsächlich auf den Pazifik-Raum auf Kosten von Europa konzentrieren

Die OPEC hat für 2020 zwar Produktionskürzungen von weiteren 500'000 Fass pro Tag beschlossen, womit sich die angekündigten Rücknahmen aller Erdölproduzentenländer auf insgesamt 1.7 Mio. bpd belaufen. Weitere Produktionskürzungen sind nicht in Sicht, weshalb am **Erdölmarkt ein latentes Überangebot** herrschen wird. (um den Konjunkturrückschlag infolge des Corona-Virus zu kompensieren, müsste die Produktion um eine weitere Million Fass pro Tag gekürzt werden, was wohl Thema der nächsten OPEC-Konferenz sein wird).

2. Die Prognosen für die einzelnen Regionen

- 2.1. **Asien-Pazifik:** US-Präsident Trump wird die Unterzeichnung eines Teilabkommens zur Beilegung des **Handelsstreites mit China** mit Blick auf die November-Wahlen als grossen Sieg feiern. Immerhin wird damit wenigstens eine Eskalation im Zollstreit unterbunden. China wird sich verpflichten, mehr Agrargüter und Energie in den USA zu kaufen, dies allerdings auf Kosten von **Argentinien, Brasilien und Russland**. Auch einige Reformen der Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums und des Technologie-Transfers sind im Abkommen enthalten. China wird jedoch kaum in der Lage sein, das neue Abkommen und den Zeitplan voll einzuhalten, was erneut zu Friktionen führen dürfte. In den nächsten Verhandlungsrunden wird die Industriepolitik und die massive Unterstützung der staatlichen Unternehmen durch China thematisiert werden. Der «Phase One»-Deal wird das chinesische Wachstum beeinträchtigen, weshalb die chinesische Notenbank wohl eine vorsichtigeren Geldpolitik betreiben wird, um die hochverschuldeten Grossunternehmen vor einem Kollaps zu bewahren.

Weder politische Konzessionen wie ein Rücktritt des chinesischen Statthalters Carrie Lam noch die Sicherheitskräfte werden die Proteste in **Hongkong** bändigen können. Ausser es käme wegen den Protesten zu einem totalen Stillstand der Wirtschaft in Hongkong, wird China kaum militärisch in Hongkong intervenieren. Sollte es dennoch zu einem Militäreingriff kommen, würde der Finanzmarkt Hongkong einbrechen und die USA würden wohl gegen China Sanktionen einleiten. Vorderhand werden die USA die störrische Bevölkerung in Hongkong aber auf diskreteren Wegen unterstützen. Hongkongs BIP wird zu etwa 25% mit Handel und Logistik, zu weiteren 25% mit dem Finanzsektor und anderen professionellen Dienstleistungen erwirtschaftet. Eine wichtige Rolle spielt zudem der Tourismus. China will als Alternative zu Hongkong die Freihandelszonen Shenzhen an der Küste, wo auch ein Technologie-Hub ausgebaut wird, und Shanghai fördern. Dazu kommt die Vision eines chinesischen Silicon Valley, das Hongkong, Macao und 9 weitere Städte mit 70 Mio. Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung von rund USD 1'500 Mrd. umfassen soll. Peking wird aber trotz der Unruhen weiterhin in die Wirtschaft und den Finanzplatz Hongkong investieren, um das Risiko

einer langfristigen Wirtschaftsflaute zu mildern. Gleichzeitig sollen aber auch die Finanzzentren auf dem Festland, Shenzhen und Shanghai liberalisiert werden.

Die USA und **Nordkorea** werden bis Ende 2020 weiter über ein Abrüstungsabkommen verhandeln, wobei es wie erlebt, zu Unterbrüchen und neuen Provokationen mit Raketentests Nordkoreas kommen wird. Die Verhandlungen werden letztlich kaum zu substanziellen Ergebnissen führen, höchstens zu minimalen Konzessionen Nordkoreas, um eine Lockerung der US-Sanktionen zu erwirken. Nordkorea wird jedoch eine direkte Konfrontation mit den USA vermeiden, denn für Kim Jong-Un geht es vor allem darum, sein Regime und seine Regentschaft zu verteidigen. Weil der amerikanische Druck die nordkoreanische Wirtschaft lähmt, sucht Pyongyang mit Hilfe Russlands und Chinas die UNO-Sanktionen zu umgehen. In den Jahren 2016/17 hat die **UNO 4 Sanktions-Resolutionen** verabschiedet, die strengsten, die das Land je getroffen haben. Die Exporte von Kupfer, Nickel, Silber und Zink wurden verboten, später auch die Ausfuhren von Kohle, Eisen und Eisenerz, Seafood, Blei und Bleierz. Es folgten Exportverbote für Textilien und schliesslich ein Verbot von Exporten von Agrarprodukten, Maschinen, elektrischer Ausrüstung und Nahrungsmittel. Einschneidender sind jedoch die **bilateralen Sanktionen der USA**, die all jene, die den Nordkoreanern Geschäfte und Finanztransaktionen ermöglichen, vom US-Finanzsektor ausschliesst. Um den USA vorzudemonstrieren, dass jegliche Militäraktionen gegen Nordkorea teuer zu stehen kämen, bedroht Kim Jong-Un die US-Verbündeten Südkorea und Japan einerseits mit einer massiven Aufrüstung mit konventionellen Waffen, andererseits mit Raketentests.

Die Spannungen in der Meeresstrasse von **Taiwan** werden zunehmen, wenn (was inzwischen passiert ist) die Regierungspartei (Democratic Progressive Party) die Wahlen erneut gewinnt. Es könnte zu wohlodosierten militärischen Scharmützeln in der Meeresenge zwischen Taiwan und Festland-China kommen. Die wiedergewählte Regierung in Taiwan wird wohl die wirtschaftlichen und politischen Banden zu den USA intensivieren, wobei sogar ein Investitionsschutz-Abkommen und ein erhöhter Status in den internationalen Organisationen, sowie eine engere Zusammenarbeit in der Rüstung und im Cyber-Bereich anvisiert werden. Peking wird seinerseits versuchen, seinen Einfluss bei den US-Verbündeten, Australien, Japan, Neuseeland und in den kleinen Pazifik-Inselstaaten zu verstärken.

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

- 11. Januar Präsidentschaftswahlen in Taiwan
- 15. April Parlamentswahlen in Südkorea
- 24. Juli bis 9. August Sommer-Olympiade in Tokyo
- September: Legislative Befragung in Hongkong
- Wahlen in Myanmar (Datum noch nicht bekannt)

- 2.2. **Mittlerer Osten und Nordafrika:** Der **Iran** wird den «maximalen Druck» der USA mit einer Wiederaufnahme seines Atom-Programms kontern, um damit die Sanktionsstrategie der USA zu verteuern. Mit diesem Schritt wird der Iran in Europa auf Ablehnung stossen, denn letztlich wird sich Europa doch auf die Seite der Amerikaner schlagen und die Sanktionen gegen den Iran unterstützen. Der iranische Nuklearaufrüstung wird aber auch Israel alarmieren, wo trotz Probleme bei der Regierungsbildung, die

militärische Aufmerksamkeit voll auf den Iran gerichtet ist. Der Iran wird höchstens zu einigen kleineren Konzessionen bereit sein, wenn im Gegenzug Sanktionen teilweise aufgehoben werden oder Unterstützungsgelder eingeholt werden können, wie z.B. die von Frankreich in Aussicht gestellte USD 15 Mrd. Kredit-Limite, die allerdings eine Zustimmung der USA voraussetzt. Die iranische Vergeltungsstrategie zielt darauf ab, mit eigenen oder Stellvertreter-Angriffen auf regionalen Erdöl- und Gas-Infrastrukturanlagen, insbesondere im Irak, die Region zu destabilisieren. Im Irak hat der Iran Anti-US-Militärkräfte aufgebaut, die Zivilisten und US-Militärbasen angreifen sollen. Damit wird eine direkte Konfrontation der USA mit der iranischen Armee zwar vermieden, aber eine solche ist dennoch nicht auszuschließen, wie die gezielte Ermordung des iranischen Garde-Generals Soleimani zeigt. Der Iran wird 2020 seine Aggressionen fortsetzen und auf Zeit spielen, in der Hoffnung, dass die USA nach einem Regierungswechsel im November 2020 eine weniger harte Haltung gegenüber dem Iran einnehmen werden. Der Iran verfügt trotz der miserablen Wirtschaftslage über ausreichend finanzielle Mittel, um eine längere Durststrecke durchzustehen. Die Wirtschaftslage wird zwar notleidende Menschen auf die Strasse treiben, aber in der Außenpolitik steht die breite Masse dennoch ziemlich geschlossen hinter der Regierung. Offen bleibt, ob die anstehenden Wahlen eine Veränderung des Machtgefüges bringen werden. (Die Wahlen im Februar 2020 brachten keinen Wechsel, da die konservativen Parteien 191 der 290 Sitze eroberten, was nicht verwundert, weil viele der oppositionellen Kandidaten nicht zu den Wahlen zugelassen wurden.)

Tiefe Erdölpreise werden **Saudi-Arabiens** Wirtschaftswachstum 2020 dämpfen, womit die Reformvorhaben der Regierung ausgebremst werden. Um den sozialen Frieden zu wahren, wird Riad die Sozialausgaben aufrechterhalten, ebenso den Verteidigungsetat und die Investitionen in große staatliche Prestigeprojekte. Daraus wird jedoch ein Budgetdefizit von über 5% des BIP resultieren. Dieses wird durch internationale Schuldenaufnahmen und eine Entnahme aus dem Staatsfonds finanziert werden. Die tiefen Erdölpreise und die Bedrohung durch den Iran haben das Interesse der ausländischen Investoren an Engagements in Saudi-Arabien merklich abgekühlt, was auch die nicht sonderlich erfolgreiche Publikumsöffnung der staatlichen Erdölgesellschaft Aramco zeigte. Deshalb werden der Staat und die Reichen im Lande das Wachstum aus eigener Kraft finanzieren müssen. Saudi-Arabien ist mit dem Erreichen der hochangestrebten Vision 2030, einem umfassenden Mehrjahresplan zur Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft für die Zeit nach dem Erdölzeitalter, in Rückstand geraten. Die verstärkte Integration der Frauen in den Arbeitsprozess kommt nur schleppend voran (Ziel 2020: 25%), die Eigenheimquote konnte hingegen seit 2017 von 50% auf 60% gesteigert werden. Der Beitrag der KMUs zum saudi-arabischen BIP soll von 20% im Jahre 2016 bis 2030 auf 35% gesteigert werden. Saudi-Arabien hat erkannt, dass seine Interventionen im Jemen nicht fruchten, weshalb das Land wohl einen pragmatischeren Kurs einschlagen wird.

Die **Türkei** wird 2020 einen noch eigenständigeren außenpolitischen Kurs fahren, mit dem das Land im Westen immer wieder anecken und Sanktionen provozieren wird. Der Lira-Kurs hat sich gegenüber dem USD seit 2014 bereits mehr als halbiert und falls weitere Sanktionen gegen die Türkei ergriffen werden (wegen Russland-Connections US CAATSA-Sanktionen, wegen Menschenrechtsverletzungen EU und USA, wegen Geldwäsche für den Iran über die staatliche Halkbank, wegen Militäraktionen in Syrien), droht ein weiterer Wertverlust der Lira, was die Wirtschaft nochmals schwer belasten würde. Um sich aus der Abhängigkeit vom Westen zu lösen, wird die Türkei eine engere Partnerschaft mit Russland eingehen, aber Russland wird nicht in der

Lage sein, all die Vorteile, die die Türkei bisher als NATO-Partner genoss, zu egalieren. (Russland steht im Syrienkrieg zudem auf der Seite der Regierung Assad. Auch wenn Spekulationen über ein Fallenlassen der Regierung Assad durch Russland anfangs März 2020 die Runde machten, so wird Russland seine Interessen in Syrien weiterhin verteidigen). Die USA wird sich mit Diplomatie und Sanktionen gegen die Neuorientierung der Türkei wehren, was wiederum Retorsionsmassnahmen in der Türkei auslösen und den dortigen Nationalismus stärken wird. Mit Militäraktionen gegen Kurden in Syrien und im Irak, wirtschaftlichen und militärischen Engagements in (Nord)Afrika, eine Ausdehnung der Erdöl- und -gas- Explorationen im Mittelmeer und einem zunehmenden Wettbewerb mit den Emiraten, um Einfluss in den muslimischen Ländern, wird Erdogan seine Eigenständigkeit der Welt vordemonstrieren wollen. Mit der militärischen «Friedensmission» in Libyen will sich die Türkei nebst dem Iran und Saudi-Arabien als dritte Macht der Region etablieren. Libyen ist das einzige der nordafrikanischen Länder, das sich noch nicht einem der beiden Lager, Iran oder Saudi-Arabien, angeschlossen hat. Der Traum einer Wiedererrichtung des omanischen Reiches ist zwar eine Illusion, aber mit seinem militärischen Vordringen nach Libyen will Erdogan wohl einen Mosaikstein dazu legen. (Realistischer dürfte es aber auch um die Suche nach Verbündeten zur Ausbeutung der Bodenschätze im östlichen Mittelmeer, auch auf umstrittenem Territorium zu Griechenland gehen).

Die anhaltenden Proteste in **Algerien** werden kaum einen materiellen Einfluss auf den nach 20 Jahren Bouteflika-Regentschaft stattfindenden Regierungswechsel haben, denn die militärnahe regierende National Liberation Front Party und ihre verbündeten Politiker der alten Garde werden verhindern, dass Aussenseiter und Neulinge an die Macht kommen. Mit der Beibehaltung der meisten Sozialleistungen werden die Massen ruhiggestellt werden. Trotz des Willens der Politelite, die Wirtschaft zu liberalisieren, haben die Protestbewegungen die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen gebremst. Sollte die Protestierenden 2020 die Regierungsentscheide wegen den umstrittenen Wahlen nicht akzeptieren, wird wohl das Militär eingreifen und die Polarisierung verstärken, was die dringend benötigten Auslandsinvestitionen zusätzlich entmutigen wird

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

21. Februar Parlamentswahlen im Iran

2. März Parlamentswahlen in Israel (3. Wahl innert Jahresfrist, Nethanyahu gewinnt Wahlen, aber erneut schwierige Regierungsbildung.

April/Mai Exekutive-Wahlen in Ägypten

September: Parlamentswahlen in Jordanien

1.3 Europa: Trotz des **Brexits** wird Grossbritannien noch bis Ende 2020 dem Gemeinsamen Markt angehören. Die Unternehmen und Haushalte werden somit 2020 noch kaum Auswirkungen des Brexits verspüren. Bei den Diskussionen um ein Freihandelsabkommen im Laufe des Jahres 2020 wird die EU auf die Einhaltung der Normen und Regulierungen der EU pochen. Da der Dienstleistungssektor (vor allem Finanzplatz) das Herz der britischen Wirtschaft darstellt, wird London versuchen, so viele Dienstleistungen wie möglich in das Freihandelsabkommen einzupacken, wogegen sich Kontinentaleuropa wehren wird, weil Paris und Berlin ihre eigenen Finanzplätze vorantreiben wollen. Im Warenhandel erzielte die EU gegenüber dem Königreich 2018 einen massiven Überschuss von GBP 201 Mrd., d.h. die EU exportierte 70% mehr nach Grossbritannien als sie von dort importierte. Im Dienstleistungssektor

erwirtschaftete Grossbritannien zwar einen Überschuss von GBP 29 Mrd., aber damit kann nur ein Bruchteil (14%) des Defizits im Warenhandel kompensiert werden. Entgegen der landläufigen Meinung erzielt die EU sogar im Finanz- und Versicherungsgeschäft gegenüber Grossbritannien einen Überschuss. (Bei einem Nichtzustandekommen eines Freihandelsabkommens werden die WTO-Regeln zur Anwendung kommen und beide Handelspartner belasten, wobei die EU-Expoteure wegen des grösseren Handelsvolumen stärker betroffen würden). Die Komplexität der Verhandlungen wird kaum einen Vertragsabschluss bis Ende 2020 erlauben. Möglicherweise wird deshalb das Abkommen in Teilverträge unterteilt werden oder die Übergangsphase wird auf Ende 2021 verlängert. Gleichzeitig wird Grossbritannien auch die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA vorantreiben, aber ein Abschluss steht 2020 nicht in Aussicht.

Deutschlands Wirtschaftsflaute ist auf landesinterne, aber auch externe Faktoren zurückzuführen. Die Unsicherheiten im internationalen Handel wegen der Handelskriege der USA und die unverändert restriktive Fiskalpolitik werden von Stratfor dafür verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird jedoch aufgezeigt, dass die Staatseinnahmen Deutschlands in den letzten 5 Jahren um rund 30%, die Ausgaben um mehr als 20% angestiegen sind. Sie sind weit stärker gewachsen als die Wirtschaft. Das Festhalten der CDU/CSU an der «Schwarzen Null» und die masslosen weiteren Umverteilungspläne der SPD könnten zu einem Platzen der Koalition und zu vorgezogenen Neuwahlen führen. (Stratfor übersieht wohl, dass die Umfragewerte für beide Regierungsparteien derart schwach sind, dass Neuwahlen für beide Parteien lediglich zu einem weiteren Machtverlust führen würden). Die deutsche Regierung wird aus Rücksicht auf den Staatshaushalt höchstens Grossprojekte im Umweltschutz finanzieren. Der Privatkonsum wird deshalb nur verhalten wachsen. Unter dem schwachen Wachstum Deutschlands werden auch die Zulieferer in den ehemaligen Ostblockländern der EU leiden. Nur eine tiefe Rezession oder ein Linksrutsch bei vorgezogenen Neuwahlen könnte zu einer Abkehr von der Nulldefizit-Politik der Regierung führen, aber beide Voraussetzungen werden 2020 kaum eintreten.

Die **Europäische Union** wird sich 2020 aktiver in die Weltpolitik einmischen und ihre Interessen verteidigen. Die EU wird auch wieder vermehrt neue Handelsabkommen abzuschliessen versuchen. Dabei wird vor allem eine Gleichbehandlung von EU-Unternehmen und lokalen Unternehmen (China) eingefordert werden. Die EU wird allenfalls auch Vergeltungsmassnahmen gegen den Druck seitens der USA ergreifen. Die EU-Kommission wird sich 2020 mit sehr umstrittenen Themen beschäftigen müssen, die Änderungen der bestehenden EU-Grundverträge erfordern würden. Dazu gehören eine umfassende Reform der Immigrationspolitik, die Einführung einer europaweiten Digitalsteuer und eine einheitliche Steuerbasis für internationale Konzerne. Das EU-Parlament und die nationalen Regierungen müssten solchen Änderungen zustimmen, was 2020 unrealistisch erscheint. Frankreich, Deutschland und andere Länder werden versuchen den Brexit zum Anlass zu nehmen, die Integration der EU in Bezug auf die gemeinsame Verteidigung und Finanzen voranzutreiben, aber dagegen wird es in vielen Ländern heftigen Widerstand geben. Um einer Einflussnahme durch Russland und China zuvorzukommen, wird die EU mit den Westbalkanländern EU-Beitrittsgespräche führen, aber auch eine EU-Erweiterung ist umstritten. (Als neuer Brandherd erweisen sich die nun fehlenden EU-Beiträge Grossbritanniens, für die die verbliebenen 27 EU-Länder aufkommen müssen, denn die EU-Zentrale hat angekündigt, dass die Kosten trotz des Brexits nicht reduziert werden können). Die **EZB** wird weiterhin erfolglos Geld in die Märkte pumpen, um die Inflation und die Konjunktur zu beleben. Sie versucht damit gegen den symbolischen Widerstand Nordeuropas, die geringe Bereitschaft der Regierungen mit neuen Schulden Fiskalimpulse zu generieren, wettzumachen. Eine Reform der EU-Schulden und Defizitobergrenzen wird 2020 nicht erfolgen. Um das Maastrichter-Abkommen zu unterlaufen wurde per 1.12.2019 eine neue Kommission eingesetzt, die die Entwicklung der Staatshaushalte mit mehr Flexibilität

begutachten soll. (Zudem werden vermehrt Finanzierungen durch die EIB und andere Institutionen gewährt, deren Schulden nicht in die Staatsrechnungen der einzelnen EU-Länder eingehen.)

Die aus ideologisch gegensätzlichen Parteien zusammengesetzte Koalitionsregierung **Italiens** könnte jederzeit kollabieren, falls es zu Kontroversen um die Bewältigung der hohen Schulden und Defizite und um strukturelle Reformen der Wirtschaft (Arbeitsmarkt / Renten etc.) kommt. Italien wird bei der EU anklopfen, um grösseren Spielraum für die Staatsverschuldung und -defizite zu erhalten, was die EU ablehnen wird. (Möglicherweise wird die EU nun die Corona-Virus-Epidemie als Vorwand für Konzessionen gegenüber Italien nutzen. Das Prinzip, Probleme mit Geld zu übertünchen statt zu lösen, kommt auch in den neuen Finanzhilfen von EUR 700 Mrd. für die Bewältigung der neuen Flüchtlingskrise in Griechenland zum Ausdruck). Die EU-skeptische Opposition spielt nach wie vor eine bedeutende Rolle, weshalb eine Machtübernahme der Rechtspopulisten und sogar ein EU-Austritt keineswegs vom Tisch sind, auch wenn ein solcher Austritt 2020 nicht in Aussicht steht. Im Abgeordnetenhaus entfallen 342 Sitze auf die 5-Sterne-Koalition, 257 auf das Lega-Lager und 28 auf übrige. Im Senat stehen den 154 Fünf-Sterne Koalitionsvertretern 139 Lega-Senatoren und 18 Unabhängige gegenüber. Die grossen ungelösten Probleme Italiens haben die wirtschaftlichen und politischen Risiken des Landes deutlich erhöht.

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

- 31. Januar: Brexit
- Februar: das griechische Parlament wählt den nächsten Präsidenten
- 15. März Regionalwahlen in Frankreich.
- Mai: Präsidentschaftswahlen in Polen.
- Mai: Lokalwahlen in Grossbritannien.
- 1. Juli: Deutschland übernimmt EU-Präsidium.
- 31. Dezember: Übergangsfrist Brexit endet.

1.4. Nord- und Südamerika: Argentinien wird 2020 einen grossen Teil seiner Schulden weder tilgen noch verzinsen können. Das Land wird aber auch nicht in der Lage sein, mit dem IWF oder privaten Geldgebern neue Kreditvereinbarungen abzuschliessen. Der neugewählte peronistische (linke) Präsident Alberto Fernandez kann nicht gleichzeitig seine Wahlversprechen, mehr Umverteilung zu finanzieren und die IWF-Auflagen, Budgetüberschüsse zwecks Schuldentilgung zu generieren, erfüllen. Vor die Wahl gestellt, wird er sich für Mehrausgaben entscheiden. Dennoch wird es im Land wegen der misslichen Wirtschaftslage zu gelegentlichen Protesten kommen. Seit 2008 sind die Staatsschulden von 40% auf über 70% angestiegen, und die Exporte in Prozenten des BIP liegen immer noch um rund 30% unter dem Niveau vor der Finanzkrise 2008. Der neue Präsident distanziert sich von der Politik seines liberalen Vorgängers. Kein Wunder hat die Kapitalflucht aus dem Lande Zug aufgenommen und die Dollarisierung der Schattenwirtschaft schreitet voran, worunter die gesamte Wirtschaft zu leiden hat. Eine Zahlungsunfähigkeit Argentiniens könnte erneut auf andere lateinamerikanische Staaten überschwappen und auch dort die Finanzierungskosten in die Höhe treiben. Die protektionistischen Ambitionen von Präsident Fernandez könnte zudem zu Friktionen mit den Mercosur-Ländern, führen und die ohnehin angeschlagene Zoll- und Handelsunion in den Ruin treiben.

Obwohl längerfristig untragbar wird **Venezuela** 2020 noch nicht vollständig zusammenbrechen. Präsident Maduro wird die Oppositionsführer inklusive den Parlamentspräsidenten Juan

Guaido in die Schranken zwingen, um an der Macht zu bleiben. Die USA werden ihre Sanktionen gegen Venezuela verschärfen (was Ende Februar 2020 passiert ist), weil sie damit auch den wachsenden Einfluss Russlands und Chinas auf das Land eindämmen wollen. Dennoch wird sich Maduro mit seiner monopolartigen Kontrolle der Wirtschaft und den auf tiefem Niveau stabilisierenden Erdölexporten, aber auch dank des Militärs, das noch weitgehend hinter ihm steht, über Wasser halten können. Deshalb wird Washington zusätzlich zu den Sanktionen versuchen, die Maduro-Clique an der Macht zu spalten, indem jenen Militär- und hohen Beamten des inneren Machtzirkels um Maduro, Amnestien in Aussicht gestellt werden, sollten sie sich bei der Bildung einer Nachfolgeregierung zu Maduro mit Guaido kooperativ verhalten. Mit den verschärften Sanktionen der USA wird die Erdölproduktion, die seit Ende 2015 bereits um rund 80% eingebrochen ist, weiter schrumpfen. Die Flucht von Venezuelanern in die Nachbarländer Brasilien und Kolumbien wird anhalten und die Flüchtlingskrise weiter akzentuieren.

Mexiko und die USA werden 2020 weiter kooperieren, um den Flüchtlingsstrom von Süd- nach Nordamerika einzudämmen. Der bereits sichtbare Rückgang wird Präsident Trump mit Blick auf die November-Wahlen stärken. Mexikos neuer (linker) Präsident Lopez Obrador wird 2020 u.a. im Sicherheitssektor mit den USA zusammenarbeiten und jegliche ernsthafte Friktionen mit den USA aus dem Wege gehen, um den amerikanischen Druck auf sein Land mit weiteren Sanktionen zu verhindern. Um seine Machtstellung zu festigen, wird Obrador seinen Kampf gegen die Armut und die Korruption, insbesondere gegen die Verbrecher- und Drogenkartelle intensivieren müssen, um Schaden von der fragilen Wirtschaft abzuwenden. Am Erfolg seiner Massnahmen wird Obrador wohl bei den nächsten Wahlen gemessen werden.

Argentinien, Venezuela und Mexiko sind nicht die einzigen politischen Brandherde in Lateinamerika. Länderspezifische Ursachen werden 2020 auch in **Chile, Ecuador und Bolivien** zu Unruhen führen. Gemein ist diesen Ländern, dass es an Investitionen und Produktivitätszuwächsen fehlt und dass die Jahre des Protektionismus noch nachwirken. Bolivien wird Mühe haben, dringend benötigte Auslandsinvestitionen anzuziehen, ungeachtet wer das politische Vakuum des abtretenden Präsidenten Morales auffüllen wird. **Brasilien und allenfalls Uruguay** werden mit wirtschaftsfreundlicheren Regierungen ihre Wirtschaft etwas liberalisieren. **Kolumbiens** Präsident Ivan Duque wird 2020 Mühe bekunden, die Proteste im Land zu besänftigen und politische Unterstützung für seine politischen Vorhaben zu finden. Die unterschiedliche Entwicklung der Mercosur-Staaten könnte zum Niedergang der Wirtschaftsgemeinschaft führen.

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

- 26. Januar Parlamentswahlen in Peru
- 3. Februar: US-Präsidentschaftswahlen beginnen mit Primaries in Iowa.
- 1. März: Uruguays neuer Präsident übernimmt Amt.
- 3. März: «Super Tuesday» in 14. US-Staaten inklusive Kalifornien und Texas , Biden siegte vor Sanders.
- April: Abstimmung über Verfassung in Chile.
- 14. April: letzter Tag für Wahlen in Bolivien.
- Oktober: Beginn Registrierung Kandidaten für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Ecuador im Februar 2021. Wahlkampfbeginn im Januar 2021.
- 19. Oktober: Lokal- und Regionalwahlen in Chile und allenfalls Abstimmung über neue Verfassung.
- 3. November: US-Präsidentschaftswahlen, plus 35 Senatoren und alle 435 Mitglieder des US-Repräsentantenhauses.

1.5. Eurasia: Russland und China werden ihre Zusammenarbeit intensivieren. **Russland** und China ergänzen sich ideal, indem Russland Rohstoffe fördert und liefert, während China über das Produktions-Know-how verfügt und Energie und Nahrungsmittel aus dem Ausland importiert. Im Gegensatz zur USA wollen diese beiden Länder ihre Zusammenarbeit vertiefen. Mit der engeren Bindung an Russland will sich China zudem von der Abhängigkeit vom Westen lösen. Seit 2002 hat sich der Aussenhandel dieser zwei Länder rund verfünffacht. China und Russland werden aber auch intensiver im Militärssektor zusammenarbeiten mit gegenseitigen Waffenlieferungen und gemeinsamen Militärmanövern. Die sino-russische Allianz könnte allerdings durch differierende Interessen in Zentralasien und Afghanistan beeinträchtigt werden. China und Russland haben auch unterschiedliche Meinungen zum Verhältnis zu Europa. Während Russland eine Verbesserung bzw. Normalisierung der Beziehungen anstrebt, betrachtet Europa die Chinesen als Bedrohung für ihre Wirtschaft und das geistige Eigentum. Osteuropa steht Russland als ehemalige Besatzungsmacht immer noch argwöhnisch gegenüber und bevorzugt China als potentiellen Wirtschaftspartner. Russlands Wirtschaft wird 2020 zwar leicht wachsen, aber sich kaum aus der Stagnation verabschieden können.

Russlands wirtschaftliche Stagnation und die wachsenden politischen Probleme im Inland zwingen die Regierung die diplomatischen und Handels-Beziehungen zum Ausland auszubauen. So wird Russland die militärischen und wirtschaftlichen Banden zu den Regierungen in der Sahel-Zone, in Zentralasien etc. intensivieren, d.h. überall dort, wo der Westen mit seinen Interventionen scheiterte. In Zentralasien, wo Dschihadisten weiterhin für Unruhen und Terror sorgen, wird Russland aktiv werden müssen, um nach dem Wegzug der Amerikaner aus Afghanistan Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft von Russland zu unterbinden. Im Wettstreit mit den USA wird Russland auch versuchen, die globale Militärpräsenz auszuweiten. Die Anzahl der geheimen und offiziellen russischen Militärstützpunkte (Venezuela, Libyen, Sudan, Mozambique, Madagaskar, Syrien etc.) wächst immer noch. Russland wird wohl auch die erodierende Stabilität in Lateinamerika ausnützen, um sich dort mit Unternehmen, wie beispielsweise in Argentinien im Bergbausektor, einzunisten. Im Mittleren Osten versucht Russland mit Waffenlieferungen und Investitionen auch in Saudi-Arabien Fuss zu fassen.

Die **Ukraine** und Russland werden sich auch 2020 nicht auf eine gütliche Lösung über den Status des Donbas einigen. Russland hält sich weder an das Minsker-Abkommen noch an die «Steinmeier-Formel». Deshalb wird der Druck Europas auf Russland aufrechterhalten. Frustration über die diplomatischen Misserfolge wird sich in Europa und Russland breit machen. Auch die USA werden ihre Sanktionen beibehalten, wobei neue Sanktionen eher symbolischer Art sein werden. Mit den neuen Gas-Pipelines (NordStream 2), die 2020 in Betrieb gehen sollen, und der geplanten TurkStream durch das Schwarze Meer, wird die bisher hohe Bedeutung der Ukraine als exklusives Durchgangsland massiv schwinden. NordStream 2 wird eine Kapazität von 55 bis 100 Mrd. Kubikmeter Gas in der Lage sein, die bisherigen zwei Pipelines Brotherhood und Soyuz mit 140 Mrd. Kubikmeter Transportkapazität weitgehend zu ersetzen. TurkStream soll eine Kapazität von 16 Mrd. Kubikmeter aufweisen. Russland wird die neue Ausgangslage dazu nützen, 2020 ein neues Gas-Transit-Abkommen mit der Ukraine abzuschliessen, mit dem wohl der langfristige Ausstieg aus der ukrainischen Gas-Transport-Infrastruktur eingeleitet wird.

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

- 9. Februar: Parlamentswahlen in Aserbaidshjan (bisherige Regierung siegte haushoch).
- 30. August: Präsidentschaftswahlen in Weissrussland
- Spätestens Oktober: Parlamentswahlen in Georgien
- 4. Oktober Legislativwahlen in Kirgistan

1.6. Süd-Asien: Aus US-Sicht ist der weitere Rückzug des US-Militärs aus **Afghanistan**, verbunden mit einem Friedensabkommen mit den Taliban, mit Unterstützung anderer regionaler Mächte, die ebenfalls an einem Frieden interessiert sind, um ein Überschwappen des Terrorismus in ihre Länder zu verhindern, von primärer Bedeutung. (Das Abkommen wurde anfangs März 2020 unterzeichnet). Die USA möchten Afghanistan als Sieger verlassen indem es zu einer politischen Einigung zwischen den Aufständischen und der afghanischen Regierung kommt. In einer ersten Phase werden die Amerikaner die Taliban auffordern, die Gewaltakte einzustellen und sich gegen das Vordringen von Al-Kaida und des IS zu stellen. Im Gegenzug werden die Amerikaner einen Teil ihrer Truppen abziehen. Der Krieg in Afghanistan dauert nun schon 18 Jahre. Es geht dabei um die Kontrolle des Landes. Die Regierung kontrolliert Kabul und andere wichtige Städte, die Taliban die ländlichen Gegenden. Im Höhepunkt, im Mai 2011 waren in Afghanistan rund 100'000 Militärkräfte stationiert. Heute sind es noch rund 12'000 mit einem UNO-Mandat. Die Taliban würden einen Rückzug der Amerikaner als Sieg gegen ausländische Aggressoren feiern. Trotz der Aversion gegen die USA werden Russland, China und sogar der Iran den Friedensprozess zur Wiederherstellung der regionalen Stabilität in ihrem eigenen Interesse unterstützen, denn die Taliban werden vor allem von Pakistan unterstützt. Ein US-Taliban-Deal wird die militärischen Konflikte in Afghanistan allerdings noch nicht beenden, aber er macht den Weg frei für die weiteren komplexeren Verhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung. Neue Unsicherheiten stehen mit den afghanischen Präsidentschaftswahlen im September aber bereits wieder vor der Tür. Obwohl die Umfragen für den amtierenden Präsidenten Ashraf Ghani sprechen, werden auch seinem Widersacher, Abdullah Abdullah realistische Chancen eingeräumt. Der neue Präsident wird versuchen, das Land wieder zu einen und eine neue Verfassung zu verabschieden.

Indiens Premier Narendra Modi will die Kontrolle über den **Kaschmir** durch die Zentralregierung wieder stärken. Er hat den Sonderstatus des Kaschmirs widerrufen. Zudem lanciert er Kampagnen zur Aufstandsbekämpfung und er fördert die Einwanderung von Nicht-Kaschmir-Hindus aber auch Investitionen im Kaschmir. Sowohl Indien als auch **Pakistan** beanspruchen jedoch den gesamten Kaschmir für sich. Pakistan könnte sich deshalb Indien widersetzen, Kaschmir endgültig aus dem pakistanischen Hoheitsgebiet abzutrennen. Pakistans Premier Imran Kahn ist zwar mit einem ganzen Bündel von Problemen konfrontiert, aber trotz aller Proteste sitzt er fest im Sattel.

In den indo-pakistanischen Konflikt könnte sich auch noch Afghanistan einmischen, das die so genannte Durand Linie nicht anerkennen will und seine Landesgrenze weiter in den Osten verschieben möchte. Im schlimmsten Falle kann es zu einem grösseren bilateralen Militärschlag kommen. Da jedoch beide Länder über Atomwaffen verfügen und die Gefahr internationaler Interventionen besteht, werden beide Länder ihre Militäreinsätze vorsichtig dosieren, um einen Grosskonflikt zu vermeiden. Die Aussichten auf eine baldige Beilegung des Grenzkonfliktes sind düster. Für Indiens Premier Modi bedeutet die Widerrufung des Sonderstatus von Kaschmir eine Stärkung der territorialen Einheit. Politisch wird Modis Entscheid in Jammu und Kaschmir zu spüren sein, wo Proteste, Aufstände und Separatismus zunehmen werden. Aber Modi muss auch in Indien noch eine wichtige Hürde überstehen, nämlich einen Richterspruch des Supreme Court, der überprüft, ob das Vorgehen von Premier Modi verfassungsmässig war.

Für **Indien** ist die lahmende USD 2'600 Mrd. Wirtschaft eine grosse Herausforderung. Die von der BJP (Bharatiya Janata Party) angeführte Regierung wird einen Mix aus monetären und Fiskalmassnahmen ergreifen, um die Investitionen anzukurbeln, aber tiefe Zinsen können die

bereits hohe Inflation (Dezember 2019: 9.6%) weiter anheizen. Eine flauere Wirtschaft bedeutet auch weniger Staatseinnahmen, womit das gesetzte Budgetziel 2020 verfehlt würde. Die seit der Finanzkrise verfolgte Konsolidierung des Staatshaushaltes würde ein abruptes Ende finden. Die grösste innenpolitische Herausforderung werden jedoch die Wahlen in den Bundesstaaten Delhi (18 Mio. Einwohner) und Bihar (104 Mio.) sein, wo die oppositionelle National Congress Party die Wirtschaftsflaute im Wahlkampf hochstilisieren wird. Für die BJP ist ein Wahlsieg in diesen Bundesstaaten wichtig, denn damit könnte die BJP ihre Sitzzahlen im Oberhaus ausbauen, denn diese werden von den Bundesstaaten entsandt. Modis derzeitige Minderheit schwächt seinen Handlungsspielraum für Landreformen und Reformen des Arbeitsmarktes etc. (In Delhi hat die BJP im Februar 2020 zwar mit neu 8 Sitzen 5 Sitze dazugewonnen, aber die AAP eroberte 62 (-5) der 70 Sitze.) Mit Blick auf die Wahlen spricht Modi seine Wähler auch mit emotionalen, religiösen Themen an, indem er beispielsweise auf den Ruinen einer Moschee in Ayodhya einen hinduistischen Tempel für den Gott Ram bauen lässt. Zudem werfen ihm Kritiker vor, dass auch die von ihm angeordnete Volkszählung dazu diene, Minderheiten auszugrenzen. Aus solchen Machenschaften könnten sich regionale Proteste entwickeln. (Derzeit protestieren Immigranten dagegen, dass Hindus bei der Verleihung der indischen Staatsbürgerschaft bevorzugt werden).

Chinas «Neue Seidenstrasse» bedroht Indiens regionale Dominanz, denn Indiens Nachbarländer lassen sich ihre Infrastrukturen nur zu gerne von China finanzieren und bauen, so Pakistan (CPEC = China Pakistan Economic Corridor) oder Bangladesch. Indiens Angst vor einer strategischen Umzingelung durch China, wird die Regierung veranlassen in den Nachbarländern in Südasien vermehrt zu investieren und sie militärisch zu unterstützen. Aber Chinas Finanzkraft übersteigt jene Indiens gewaltig und Chinas Bereitschaft mit **Sri Lanka** und den **Maldiven** Kreditabkommen zu verhandeln, wird dazu führen, dass sich diese Länder, zusammen mit **Nepal** und **Bangladesch** vermehrt China zuwenden werden, um sich von der bisherigen Abhängigkeit von Indien zu lösen. Der neue Präsident in Sri Lanka, Gotabaya Rajapaksa, führte seinen Wahlkampf mit dem Schwerpunktthema Sicherheit, aber vorerst wird er sich wohl um die serbelnde Wirtschaft kümmern müssen.

Chinas maritime Expansion im Indischen Ozean wird Indiens Verteidigungsabkommen mit den USA und Japan stärken. Diese 3 Länder bilden gewissermassen einen Gegenblock zu China. China wird seine Grenzstreitigkeiten mit Indien, z.B. im Himalaya, behutsam angehen und keine neue Front eröffnen, solange die Konflikte mit den USA nicht beigelegt sind. Die historisch engen Beziehungen zu Russland, woher auch die meisten Waffenlieferungen (z.B. S-400 Luftverteidigungssystem) stammen, und Indiens Wunsch nach strategischer Unabhängigkeit sind jedoch wichtige Gründe dafür, dass die Vertiefung der Beziehungen zu den USA nur schleppend voranschreitet. (Um die Beziehungen zu verbessern hat US-Präsident Trump Ende Februar in Indien einen Staatsbesuch absolviert und Rüstungsaufträge für USD 3 Mrd. heimgeholt).

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

Februar: Ablauf der Frist für RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership)

Februar: Legislativwahlen im indischen Bundesstaat Delhi

April: übliche Frühjahrsoffensive der Taliban

Oktober: Legislativwahlen im indischen Bundesstaat Bihar

2020: Die Parteien bilden nach den Wahlen vom September 2019 eine neue Regierung.

2020: Wahlen in Jammu und Kashmir

2020: Treffen zwischen China und Indien zur Grenzberichtigung

1.7. Süd-Sahara Afrika: In **Südafrika** wird der politische Reformstau und die zerfallenden Infrastrukturen eine rasche Rückkehr des Landes auf den früheren Wachstumskurs verhindern. Innerparteiliche Machtkämpfe innerhalb des regierenden African National Congress, zwingen Präsident Cyril Ramaphosa zu einer Gratwanderung zwischen einem wirtschaftsfreundlichen und populistischen Kurs, um seine Macht über die Partei halten zu können. Er wird behutsam mit Landenteignungen ohne Kompensation umgehen müssen, denn damit schreckt er noch mehr ausländische Investoren ab und der Rand wird weiter schwächeln. Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Staatsverschuldung von 25% auf über 50% des BIP mehr als verdoppelt und dies bei einem Zinsniveau von über 8% für 10-jährige Staatsanleihen. Die Arbeitslosigkeit liegt über 25% und das BIP-Wachstum wird für 2019 vom IWF auf magere 0.7% geschätzt, nachdem dieses vor der Finanzkrise noch bei jährlich über 4% lag. Mit der serbelnden Wirtschaft geht auch eine Verschlechterung des politischen Klimas einher. Sichtbares Zeichen des Infrastrukturzerfalls sind die sich häufenden Blackouts des staatlichen Stromversorgers Eskom. Der Kampf gegen die Korruption wird im Verlaufe des Jahres 2020 zur Verhaftung mehrerer Politiker führen, was innerhalb des ANC und in den Staatsunternehmen zu destabilisierenden Unruhen führen wird. Aber die Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung werden bescheiden ausfallen, denn die Korruption ist in Südafrika allgegenwärtig und tief verankert.

Trotz zunehmender Gewalt zwischen den verschiedenen Ethnien in **Äthiopien** schreitet die politische Stabilisierung des Landes voran. Bei den nächsten Wahlen im Mai 2020 dürfte sich die neue Regierung auf eine gefestigte Legitimität berufen können, denn Premier Ably Ahmed ist es weitgehend gelungen, die Parteien der Regierungskoalition zu einer einzigen Partei zu verschmelzen. Mit der Einheitspartei steigen Ablys Wiederwahlschancen, denn auf dem Lande genießt er noch nicht über eine hohe Unterstützung. Noch offen ist allerdings ob sich die in der Tigray regierende Partei dem Bündnis anschließen wird, denn diese Region strebt nach Unabhängigkeit. Auch die nördlichen Grenzregionen zu Eritrea sind schwer unter Kontrolle zu bringen. Deshalb wird sich die äthiopische Regierung vor allem auch um die nordöstlichen Wüstengebiete Danakil kümmern müssen, um Zugang zum eritreischen Hafen Assab zu erhalten. Wer immer auch die Wahlen gewinnt, die nächste äthiopische Regierung wird wohl den liberaleren Wirtschaftskurs von Ably fortführen, um den Privatsektor zu fördern und Jobs zu schaffen. Im zweiten Halbjahr 2020 sind weitere Privatisierungen zu erwarten, inklusive die Vergabe von Telekom-Lizenzen an internationale Konzerne, um das Monopol der staatlichen Ethio-Telekom zu brechen.

Die schwachen Regierungen in der **Sahel-Zone** (Mauretanien, Mali, Niger, Tschad, Burkina Faso) **und in Westafrika** werden die militanten Gruppen der Region nutzen, um weiter vorzudringen. Ethnische Konflikte, illegaler Bergbau und Drogenschmuggel greifen um sich. Die daraus resultierenden Finanzmittel und die intensivere Rekrutierungen der Terroristen, aber vor allem ihr Macht- und Geltungsdrang, werden in Schlüsselstaaten wie die **Elfenbeinküste, Ghana und Senegal** zu sporadischen Attentaten führen und den dortigen Tourismus und die Investitionen in diesen noch einigermaßen funktionierenden Ländern beeinträchtigen. Trotz der Sicherheitsgarantien für die Sahel-Zone wird Europa, vorab Frankreich, aber zögern, noch mehr Truppen zur Terrorismusbekämpfung in dieser Gegend aussenden. Das latente Vakuum wird Russland nutzen, um die frustrierten Regierungen der Sahel-Zone mit Waffen und Personal zu unterstützen.

Der 81-jährige Präsident **Guineas**, Alpha Conde, will einen Verfassungszusatz vorantreiben, der ihm 2020 eine weitere Amtszeit erlauben würde. Um die dazu nötige Mehrheit im Parlament zu erlangen, müsste Condes Partei aber zuvor die Parlamentswahlen im Februar 2020 gewinnen (Wahlen wurden auf März 2020 verschoben), dem dann ein landesweites Referendum folgen müsste. Um sich durchzusetzen wird Conde bei seinen Freunden in Russland und in der Türkei um Hilfe anknöpfen müssen. Diese sind ihrerseits an den Bodenschätzen des

Landes (Bauxit, Aluminium, Gold) interessiert. Condes Versuch, seine durch die Verfassung limitierte Amtszeit zu verlängern, wird Strassendemonstrationen auslösen, um die Regierung zu zwingen, die Verfassungsänderung noch vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2020 zurückzunehmen. Je näher die Wahlen rücken, umso wahrscheinlicher werden die Proteste eintreten, die den wichtigen und lukrativen Bergbausektor beeinträchtigen könnten.

Der **Sudan** steckt mit einer Inflation von fast 2000%, einer Arbeitslosenrate von über 20% und einem schrumpfenden BIP (2019 gemäss IWF -2.5%) und einem Budgetdefizit von über 9% des BIP in einer tiefen Wirtschaftskrise. Seit der Vertreibung des Präsidenten Omar al Bashir im April 2019 wird das Land von einer Übergangsregierung geführt, die bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 2022 im Amt bleiben soll. Primär muss die Regierung versuchen, den Bannstrahl der USA loszuwerden, denn die USA haben das Land als Terrorismus-Finanzierer gebrandmarkt. Eine Aufhebung der damit verbundenen Sanktionen würde schon wesentlich dazu beitragen, das Land zu stabilisieren und den Weg für Auslandsinvestitionen wieder zu ebnen. Solange die Sanktionen bleiben, werden das Land und die Multies, die dort tätig sind, Mühe bekunden, Geld und Ausrüstung für ihre Tätigkeit zu beschaffen. Davon betroffen sind Infrastrukturbauten, der Bergbau, die Energie- und Landwirtschaftssektoren. Die Regierung wird auch nicht in der Lage sein, ihre hohen Schulden zu restrukturieren.

In einem wirtschaftlichen Chaos befindet sich auch **Zimbabwe**, dessen Regierung 2020 eine kritische Phase durchleben wird. **Tanzanias** Marsch in den Totalitarismus wird das Land möglicherweise von ausländischen Hilfgeldern und Investitionen abkoppeln.

Wichtige vorhersehbare Ereignisse 2020:

15. März: Legislativwahlen in Guinea

Mai: allgemeine Wahlen in Äthiopien

31. Oktober: Präsidentschaftswahlen Elfenbeinküste

Oktober: Präsidentschaftswahlen in Guinea

Oktober: Allgemeine Wahlen in Tansania

November: Kreditrating von Moody's für Südafrika

November: Präsidentschaftswahlen in Burkina Faso

November / Dezember: Legislativ- und Präsidentschaftswahlen in Ghana

Dezember: Legislativwahlen Elfenbeinküste

Fazit von Hans Kaufmann: Die Globalen Trends von Stratfor entsprechen oberflächlich betrachtet zwar weitgehend der Mainstream-Meinung, aber die Prioritäten liegen aus Sicht der Amerikaner doch anders als aus europäischer Perspektive. In der Stratfor-Weltschau werden nur die möglichen Brandherde 2020 beleuchtet. Schleichende Risiken oder Megatrends, wie sie z.B. das WEF oder andere Think Thanks beleuchten, werden jeweils in separaten Studien behandelt. Aus US-Sicht sind die Länder auf der gegenüberliegenden Seite des Pazifischen Ozeans für die USA wirtschaftlich und politisch viel wichtiger als für die Europäer. Deshalb wird den politischen und wirtschaftlichen Perspektiven dieser Regionen in der Jahresprognose auch mehr Raum und Tiefe eingeräumt. Von dort stammen auch allfällige militärische Bedrohungen für die USA, weshalb die USA dort auch rosse Militärengagements unterhalten. Dadurch unterscheiden sich die USA deutlich von den Europäern, die zwar ständig die halbe Welt vor irgendetwas «warnen», aber wer seinen Warnungen nicht militärisch Nachdruck

verschaffen kann, weil er über keine schlagkräftige Armee verfügt, bleibt ein Papier-Tiger, der weniger und weniger ernst genommen wird.

Etwas klarer als von anderen Prognostikern wird konstatiert, dass die USA in der Aussenhandelspolitik nach Mexiko, Kanada, Japan und China nun 2020 den Druck auf Europa erhöhen werden. Interessant erscheint mit Blick auf den Brexit, dass Stratfor grosse Opposition der EU gegen den Einschluss vieler Dienstleistungen in ein allfälliges Freihandelsabkommen erwartet. Dass Frankreich ebenfalls zu den Hauptproblemhaufen der EU zählt, wird von Stratfor zu wenig gewichtet.

Dass mit der Teilbeilegung des US/China-Handelskrieges auch ein Ende des Ringens um die globale Technologieführerschaft beendet wäre, scheint hingegen klar ausgeschlossen. Im Gegenteil. Die Auseinandersetzungen werden sich aus Sicht von Stratfor noch vertiefen, auch zwischen China und Europa. Letztlich geht es um die Macht, globale Standards im Technologiesektor setzen zu können. Die Wirtschaftsschwäche in zahlreichen EM-Ländern (Argentinien, Brasilien, Indien, Türkei) wird in den USA weit stärker zur Kenntnis genommen als bei uns.

Hongkong wird ein politischer Schmelzbrand bleiben, wovon Singapur und Malaysia profitieren sollen. Die Geschäftswelt wird wegen des Klimawandels nicht nur mit Infrastrukturschäden, sondern auch mit Verantwortlichkeitsklagen seitens von Aktivistengruppen rechnen müssen. «Peak Oil» soll innerhalb der nächsten Jahre stattfinden. Die Aufrüstung im Pacific (USA/China) und in Europa (EU, USA, Russland) schreitet zügig voran, neue Abrüstungsabkommen sind nicht in Sicht. Stratfor erwartet, dass die EU schärfere Sanktionen gegen den Iran verhängen wird, sollte der Iran endgültig aus dem Atomsperrvertrag aussteigen.

Für Investoren erscheint eines klar: die geopolitischen Kräfte verschieben sich in Richtung China und die anderen Regionen versuchen sich dagegen zu wehren. Der Strukturwandel in China und der Ausstieg aus fossilen Energien werden die Weltwirtschaft noch während einiger Zeit belasten. Für die USA bleibt aber auch Russland ein militärischer Hauptkontrahent. Der Kampf um die globale Vormacht wird weiterhin mit Stellvertreterkriegen in den EM geführt werden.

Insgesamt hat sich die geopolitische Weltlage trotz teils scheinbarer Ruhe, nicht gebessert.